

JU Landesverband Braunschweig
Gieselerwall 2
38100 Braunschweig
<http://www.ju-lv-bs.de>

info@ju-sicherheitsforum.de
<http://www.ju-sicherheitsforum.de>

Nr. 1/2005

Transatlantiker oder Europäer – Der wieder belebte Streit in der deutschen Außenpolitik

Christian Schmidt, MdB

Die Auseinandersetzung zwischen Transatlantikern und Pro-Europäern ist so alt wie die Neuordnung der Welt nach dem 2. Weltkrieg. Sie ist oft nur eine Glaubensfrage, aber auch eine Generationenfrage. Ältere deutsche Politiker wissen aus eigenem Erleben um die zentrale Rolle, die die USA für die Sicherheit Deutschlands, den Frieden in Freiheit und die Wiedervereinigung gespielt haben. Andererseits haben ältere US-Politiker das geteilte Deutschland an der Nahtstelle zwischen Ost und West zumeist persönlich, als Soldaten der US Army oder als politisch Verantwortliche im Kalten Krieg, erlebt.

Jüngere Politiker beider Seiten hingegen haben eine andere Sicht. Mangels emotionaler Bindung ist ihre Weltsicht weniger von Solidarität geprägt; sie definiert sich primär an ökonomischen Aspekten oder Fragen der praktischen Ausgestaltung von Demokratie und Menschenrechten. Junge US-Politiker halten Europäer oft für kraftlos und unpatriotisch und bemessen die Beziehung zu Europa oft nach dem praktischen Vorteil, den sie bilanztechnisch für die USA erbringt. Jüngere deutsche Politiker konstatieren dagegen die ungebändigte Supermacht, die

eine eigensinnige und wenig partnerschaftliche Politik betreibt. Dabei schwingt auch Ernüchterung darüber mit, dass Europa anders als bis 1990 nicht mehr die Zentralregion der US-Politik darstellt.

Ob die Zukunft Europas in der transatlantischen Bindung oder in einer Fokussierung auf eigene Stärken liegt, zeigt sich vor allem in der Sicherheitspolitik. Jahrzehntlang war die NATO die einzige handlungsfähige sicherheitspolitische Organisation der westlichen Welt. Seit Ende des Kalten Krieges und der Tendenz der Amerikaner, von den Europäern mehr Eigenverantwortung zu verlangen und sich nicht mehr zwangsläufig in inner-europäischen Konflikten zu engagieren, hat die Idee der europäischen Verteidigung wieder Auftrieb erhalten. Was wir als ESVP bezeichnen, ist der Versuch der Europäer, sich sicherheitspolitisch zu emanzipieren und die Abhängigkeit von den USA zu reduzieren, ohne dabei auf die Unterstützung Nordamerikas zu verzichten.

Die Frage, ob man sich als Transatlantiker oder Pro-Europäer fühlt, ist im Übrigen kein typisch deutsches Problem. Gerade erst haben wir bei der Berufung der EU-

Kommission ein Beispiel für diesen Streit erlebt. Der Schiffbruch, den Barroso mit seinem originären Personaltableau erlitt, war auch ein Denkmahl der Pro-Europäer. In den Augen der Sozialdemokraten steht Barroso nicht nur für Sozialabbau und neoliberale Politik, sondern gilt als Unterzeichner des „Briefes der Acht“ und Ausrichter des Azorengipfels im März 2003 als Befürworter des Irak-Krieges und damit als ‚suspekter Transatlantiker‘. Die Trennlinie zwischen beiden Gruppen verläuft nicht nur zwischen links und rechts, sondern auch quer durch die Parteien.

Die transatlantischen Beziehungen heute

Ohne Frage ist der transatlantische Dialog belastet, nicht erst durch anti-amerikanische Auswüchse von Frau Däubler-Gmelin oder populistische Politik des Bundeskanzlers, der – anstatt den Dissens im partnerschaftlichen Dialog mit dem US-Präsidenten zu diskutieren – es vorzog, auf den Marktplätzen unserer Republik Stimmung zu machen. Es gibt vielmehr auch grundsätzliche Unterschiede zwischen beiden Kontinenten.

Worauf gründet Transatlantische Zusammenarbeit? Vereinfacht gesprochen: Die transatlantische Gemeinschaft gründet auf Wertvorstellungen und Streben nach Demokratie, Menschenrechten, individueller Freiheit und Marktwirtschaft. Allerdings ist die Balance zwischen europäischer Orientierung und atlantischer Verbindung, die alle Bundeskanzler von Adenauer über Brandt bis Kohl bewahrt haben, der deutschen Außenpolitik in den letzten Jahren verloren gegangen. Die Irak-Politik und die öffentliche Bräskierung der Bush-Administration durch Mitglieder der Bundesregierung haben tiefe Wunden geschlagen. Der untaugliche Versuch, Sicherheit für Deutschland über die Achse Paris-Moskau-Peking zu gestalten, ist zudem ein gefährlicher Irrweg.

Die anti-amerikanischen Auswürfe der Bundesregierung spiegeln nicht die Haltung des deutschen Volkes wider. Die Älteren wissen um die Verdienste der USA für Deutschland, den Frieden in Freiheit bis hin zur Wiedervereinigung. Leider fallen populistische Äußerungen, die gegen Bush gerichtet sind, auf fruchtbaren Boden bei Teilen der Jugend in Deutschland. Dies ist weniger das Resultat einer sicherheitspolitischen Analyse, sondern Ausdruck eines stark simplifizierenden Pazifismus.

Im 21. Jahrhundert wird die Sicherheit Europas vor allem durch internationalen Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und asymmetrische Bedrohungen in Frage gestellt. Europa muss sich dabei in einem kritischen transatlantischen Dialog mit einbringen. Unter Freunden sollte man dies können. Und ein vertrauensvolles Verhältnis zu unseren amerikanischen Freunden bleibt für uns alternativlos.

Ein wichtiges Ziel zur Stärkung der Beziehungen zwischen Europa und den USA muss die Wiederbelebung der NATO sein. Sie wird auch weiterhin eine entscheidende Stabilisierungskraft sein, allerdings nur, wenn die USA es wünschen. Derzeit gibt es durchaus Tendenzen in den USA, die NATO zu marginalisieren, weil der Entscheidungsprozeß zu langwierig und von nationalen Vorbehalten beeinflusst ist. Der Schlüssel für die Zukunft der NATO liegt darin, ob Europa die Kraft aufbringt, seine militärischen Fähigkeiten signifikant zu steigern und die Technologielücke zu den US-Streitkräften zu verringern. Den Bekundungen müssen endlich einmal Taten folgen. Von zentraler Bedeutung wird auch sein, ob die EU ihre Zusagen einhält, die geplante Eingreiftruppe rechtzeitig einsatzfähig aufzustellen. Hier hapert es aufgrund der Finanzengpässe in den europäischen Staaten noch ganz erheblich.

Die europäische Verteidigung

Die europäische Verteidigung gewann nach dem Scheitern der EVG im Jahr 1954 erst mit dem Maastricht-Vertrag 1992 wieder an Dynamik. Die GASP wurde als zweite Säule der EU geschaffen und damit erstmals eine Verantwortung der EU in Fragen der Sicherheit und eine verteidigungspolitische Perspektive vertraglich verankert. Die WEU sollte schrittweise zum Verteidigungsinstrument der EU ausgebaut werden und als starker, europäischer Pfeiler der NATO auftreten. Die Bindung an die NATO war dabei von Anfang an von besonderer Bedeutung, denn die meisten EU-Mitgliedstaaten sind auch Mitglieder der Allianz. Ohne die NATO, und dazu stehe ich uneingeschränkt, ist eine Verteidigung Europas allein durch die Europäer absehbar nicht denkbar.

Besondere Bedeutung kommt der Petersberger Erklärung (Juni 1992) zu, in der die operationellen Aufgaben der WEU konkretisiert wurden. Neben gegenseitigem Beistand nach Artikel 5 NATO-Vertrag und Titel V EU-Vertrag können Verbände der WEU zu humanitären Aktionen, Evakuierungsmaßnahmen, friedenserhaltenden Maßnahmen und unter Einsatz von Kampftruppen für Krisenmanagement, und Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens eingesetzt werden. 1997 wurden die Petersberg-Aufgaben in den Amsterdamer Vertrag einbezogen und nach anfänglichen Widerständen Großbritanniens und Dänemarks beschlossen, die WEU in die EU zu integrieren.

Als Startpunkt der eigenständigen ESVP gilt der 3.6.1999 mit der Kölner Erklärung zur „Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“. Balkankrieg und Kosovo hatten gezeigt, dass die EU Konflikte weder verhindern konnte noch fähig war, sie allein zu bewältigen. Das Primärziel der ESVP sollte in einer Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU bei Konflikt-

verhütung und Krisenbewältigung im zivilen und militärischen Bereich resultieren. Die im Amsterdamer Vertrag verankerten Petersberg-Aufgaben sollten demnach von der EU in eigener Regie wahrgenommen werden.

Die anfängliche Euphorie setzte ehrgeizige Ziele. In Helsinki 1999 verständigten sich die EU-Mitglieder auf eine Einsatztruppe (60.000 Mann) zur Wahrnehmung der Petersberg-Aufgaben. Sie sollte in 60 Tagen einsatzbereit sein und eine Durchhaltefähigkeit von mindestens einem Jahr haben. Außerdem wurde ein Katalog von Leitzielen (Helsinki Goals) aufgestellt, der den Bedarf an militärischen Mitteln und Fähigkeiten konkretisierte und die nationalen Beiträge regeln sollte (deutscher Anteil 20 %). Auf dieser Grundlage wurden die Teilnehmer aufgefordert, Beiträge zu präzisieren, um Defizite zu beheben.

Die ESVP, und dies wird in den USA oft fehlinterpretiert, versteht sich nicht als Konkurrenz zur NATO. Viele EU-Mitglieder gehören auch der NATO an. Schon aufgrund dieser Verzahnung sind enge Partnerschaft und koordiniertes Vorgehen unverzichtbar. Eine eigenständige ESVP soll die NATO nicht ersetzen oder in Europa überflüssig machen, sondern nur ergänzen. Die ESVP soll sich als europäischer Pfeiler der NATO etablieren. Autonom wird die EU militärisch aber nur in jenen Fällen handeln, in denen die NATO als Ganzes nicht beteiligt ist oder sich die USA nicht engagieren wollen. Im Berlin-Plus-Abkommen vom 16.12.2002 wurde erreicht, dass die EU bei eigenen militärischen Operationen auf Einrichtungen und Kapazitäten der NATO zurückzugreifen kann. Dies war ein wichtiger Schritt für die Handlungsfähigkeit der ESVP, denn der EU fehlen unverändert ausreichende operative und logistische Kapazitäten (z.B. Transport, Kommunikation, Nachrichtengewinnung).

Ihre militärische Bewährungsprobe hat die EU mit der Operation „Concordia“ in Mazedonien zum Schutz internationaler Beobachter vom 31.3.-15.12.2003 bestanden. 350 Soldaten aus 27 Staaten nahmen an der Mission teil, darunter Deutschland mit 70 Soldaten. Diese begrenzte Operation ermöglichte die Erprobung der Funktionstüchtigkeit des Abkommens zwischen EU und NATO über die gemeinsame Nutzung operativer und logistischer Strukturen.

Am 12.6.2003 begann die zweite Militäroperation, zugleich erste eigenständige Operation der ESVP ohne Rückgriff auf Mittel und Kräfte der NATO. Ziel dieser begrenzten Mission war die Sicherung der Stadt Bunia (Kongo) und der dort stationierten Beobachtungsmission MONUC. Die Operation umfasste bis zu 1.400 Soldaten unter Führung Frankreichs. Deutschland beteiligte sich logistisch und medizinisch. Die Truppe war unter Berufung auf Kapitel VII der VN-Charta mit einem robusten Mandat ausgestattet und wurde am 1.9.2003 durch weitere Truppen der MONUC abgelöst.

Vor wenigen Tagen hat der Deutsche Bundestag der Operation „Althea“ in Nachfolge der bisher NATO-geführten Mission SFOR in Bosnien ein Mandat erteilt. Dort hat die EU bereits seit längerem polizeiliche Verantwortung übernommen. Es ist vorgesehen, mit Übernahme der Verantwortung durch die EU die Zahl der Soldaten von derzeit 12.000 auf 7.000 zu verringern.

Bisher hat die EU überschaubare militärische Operationen, teilweise unter Nutzung von NATO-Ressourcen, gelöst. Ich bin sicher, dass die Fähigkeiten europäischer Soldaten mit jenen ihrer amerikanischen Kameraden vergleichbar sind. Kritisch ist allerdings die mangelnde Bereitschaft der europäischen Staaten, angesichts sozialpolitischer Probleme der Sicherheitspolitik Priorität einzuräumen und eine Umsteuerung von

Investitionen vorzunehmen. Daran aber wird das transatlantische Verhältnis absehbar zu messen sein.

Solana-Strategie und NSS 2002

Im Dezember 2003 verabschiedete der Europäische Rat die vom Hohen Vertreter für die GASP, Solana, erarbeitete Europäische Sicherheitsstrategie. Demnach werden internationaler Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und organisierte Kriminalität in ‚failed states‘ als größte Bedrohungen gesehen. Also müsse Europa "Verantwortung für die weltweite Sicherheit" übernehmen. Im Gegensatz zur Strategie der USA vorbeugender Militärschläge sei eine Politik vorbeugenden Engagements (pre-emptive engagement) vorgesehen. Zudem müsse die EU in Konflikten handlungsfähiger werden. Fähigkeiten sollen gebündelt und Militärausgaben erhöht werden.

Solanas Strategie enthält richtige Ansätze, aber auch Lücken. Richtig ist, dass die EU mit 25 Staaten und über 450 Millionen Menschen mit 25 % des BSP der Erde ein globaler Akteur ist, der sich seiner Mitverantwortung für die Gestaltung von Weltordnung und globaler Sicherheit nicht entziehen kann. Das Papier verdeutlicht aber auch, dass künftigen Risiken kaum mit ausschließlich militärischen Mitteln begegnet werden kann.

Schwächen zeigt Solanas Papier bei den Schlussfolgerungen aus richtigen Erkenntnissen. Es vermag nicht aufzuzeigen, wie die Integration der Wirkungsinstrumente zu einer ‚Sicherheitspolitik aus einem Guss‘ aussehen könnte und welche Notwendigkeiten für veränderte Entscheidungsstrukturen und welche Ressourcenverteilung daraus folgen müssten. Deshalb stehen Forderungen nach einer Verbesserung der zivilen und militärischen Krisenmanagement-Fähigkeiten der

EU kommentarlos und fast zusammenhanglos nebeneinander.

Sehr allgemein bleibt das Papier bei der militärischen Rolle der EU. Es stellt fest, dass die erste Verteidigungslinie immer häufiger im Ausland liege und fordert mehr Ressourcen für militärische Aufgaben, doch fehlt eine Konzeption für Voraussetzungen, Ziel, Art und Charakter von Interventionen. Ausgeblendet bleiben auch: die Frage nach dem künftigen Verhältnis von innerer und äußerer Sicherheit oder die Frage nach Kriterien für ein militärisches Engagement der EU. Wird der kleinste gemeinsame Nenner nationaler Interessen zugrunde gelegt? Entwickelt die EU bindende Kriterien für Interventionen? Ist ein UN-Mandat zwingend erforderlich? Bedarf es Vorgaben für eine *exit strategy*? Sollen präventive/präemptive Militärschläge erlaubt sein?

In ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie, für die Condoleezza Rice 20 Monate benötigte, beanspruchen die USA das Recht vorbeugender Militärschläge (*preemptive strikes*). Eine solche Option ist nach amerikanischer Ansicht erforderlich, um auf die sicherheitspolitischen Realitäten nach dem 11. September reagieren zu können. Die zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und weitreichenden Trägersystemen geben immer mehr Staaten und nicht-staatlichen Organisationen die Möglichkeit, zerstörerische Macht über weite Distanzen auszuüben (*power projection*). Parallel dazu werden die Reaktionszeiten auf Seiten der Verteidiger immer kürzer. Galt während des Kalten Krieges in der NATO das Prinzip, den Beweis für die Angriffsabsicht des Gegners abzuwarten, bevor die Verteidigung eingeleitet würde, so ist dieser Grundsatz heute fragwürdig. Unter heutigen Bedingungen wäre der Beweis für die Angriffsabsicht womöglich die Detonation eines chemischen Sprengkopfes in einer Großstadt. Darauf zu warten, wäre nicht vertretbar.

In Deutschland hat diese Debatte bisher nicht stattgefunden. Ein Grund hierfür war unter anderem der Umstand, dass sich die vom US-Präsidenten angestoßene allgemeine Debatte über Präemption mit dem sehr speziellen Fall des Irak-Krieges überschneidet. Ungeachtet dieses Sonderfalls geht es generell darum, angesichts einer veränderten Bedrohungslandschaft das Verständnis von „Verteidigung“ neu zu definieren. Dieser Gedanke stößt auf immer breitere internationale Resonanz. Auch Länder wie Frankreich, Russland, Australien und sogar Japan haben sich mittlerweile für das Recht auf vorbeugende Verteidigung ausgesprochen. Die NATO lehnt diese Option ebenfalls nicht grundsätzlich ab, und auch die EU hat die Präemptionsfrage ausführlich diskutiert.

Wichtig ist dabei das Problem der völkerrechtlichen Zulässigkeit. Strikt ausgelegt verbietet die VN-Charta militärische Interventionen. Allerdings weicht diese Auslegung des Völkerrechts seit Jahren auf (Kosovokrieg!). Zahlreiche Experten meinen, dass das Völkerrecht in jetziger Form nicht ausreicht, was die Gefahr durch Massenvernichtungswaffen, humanitäre Erfordernisse, den Schutz natürlicher Lebensgrundlagen oder militärische Präemption anbetrifft.

Neben der juristischen Beurteilung stellt sich das Problem der praktischen Entscheidung über vorbeugende Militärschläge. Wann rechtfertigt eine Bedrohung Präemptivschläge? Auf welcher Informationsgrundlage geschieht es? Für die Dringlichkeit lassen sich vage Kriterien aufzeigen: die gegnerische Absicht, Schaden zuzufügen, muss evident sein. Auch müssen sich Vorbereitungen feststellen lassen, die Absicht in die Tat umzusetzen. Schließlich muss plausibel werden, dass Nicht-Handeln die Gefahr drastisch erhöht oder spätere Versuche, der Bedrohung Herr zu werden, fast unmöglich macht. Keines dieser Kriterien ist jedoch exakt messbar oder einklagbar. Doch selbst

wenn Kriterien definiert werden, so wird das Urteil über die Rechtmäßigkeit und Angemessenheit in der Praxis immer der Interpretation unterliegen. Ein Missbrauch lässt sich niemals ausschließen. In Demokratien sollte aber die Rechtfertigungspflicht der Politik gegenüber einer kritischen Öffentlichkeit einen Missbrauch ausschließen.

Fazit

Die Epoche des Kalten Krieges hat bewiesen, dass Europäer und Amerikaner in der NATO auf der Basis gleicher Werte und gegen eine gemeinsame Bedrohung kooperieren können. Doch mit Ende des Kalten Krieges finden wir uns in einer vielgestaltigen Welt wieder, die das Phänomen ‚Terrorismus‘ einschließt. Angesichts des Scheiterns der Neuen Weltordnung, die 1990 von George Bush sen. ausgerufen wurde und eingedenk dessen, was mit dem 11. September signalisiert wurde, besteht jedoch die erhöhte Gefahr von Missverständnissen und Divergenzen beiderseits des Atlantiks.

Aus Sicht vieler Europäer kehren die Amerikaner heute zu ihrer Politik vor Schaffung der NATO zurück, mit ihrer Mischung aus Idealismus und Unilateralismus, der keine bindenden Verpflichtungen oder internationalen Strukturen akzeptiert. Die Europäer antworten darauf in einer Spaltung in zwei Lager, die seit den 60er-Jahren existieren. Die Transatlantiker glauben, dass ein von den USA geführtes und auf der NATO beruhendes transatlantisches System die beste Lösung darstelle. Sie möchten das System, das bis Ende des Kalten Krieges funktionierte, reformieren, aber beibehalten. Die Pro-Europäer suchen nach einer ausgeglichenen Beziehung zwischen den USA und einem starken Europa. Genau hier liegt das Problem: kann Europa wirklich auf Dauer ein starker, akzeptierter Partner der USA werden?

Für mich besteht die Lösung in der Synthese: Europa muss seine Fähigkeiten verstärken, ohne die Amerikaner auszuschließen; politisch selbstbewusster werden, ohne überheblich zu sein; die Eigenständigkeit weiter entwickeln, ohne die Partnerschaft zu vernachlässigen. Es geht also nicht um ein „ja oder nein“, sondern um ein „sowohl als auch“. Europa wird seine Konflikte absehbar nicht ohne Unterstützung der USA lösen können. Die gravierenden Defizite beim strategischen Luft- und Seetransport, bei der Aufklärung, der Kommunikation sowie bei der Bewaffnung zwingen fast zwangsläufig zu einer engen Zusammenarbeit.

Dabei könnte den Europäern zugute kommen, dass die USA ihr überdehntes militärisches Engagement auf Dauer nicht durchhalten können und deswegen wieder stärkere Anlehnung an Europa suchen. Die militärischen Reserven der US-Streitkräfte sind nicht endlos, was in Afghanistan und Irak überdeutlich wird. Bisher haben Uneinigkeit und nationale Egoismen auf Seiten der Europäer verhindert, dass man von einem Europa als einem Ganzen sprechen kann. Hier muss Europa seine Hausaufgaben erledigen. Aber die Zukunft Europas wird ohne die USA nicht denkbar sein. Deshalb sind wir zu einem gemeinsamen Weg gezwungen, um die gegenwärtigen Probleme zu bewältigen.

Dieser Beitrag beruht auf einem Vortrag des Autors an der Universität Trier vom 6. Dezember 2004.

Christian Schmidt, MdB

vertritt den Wahlkreis Fürth im Deutschen Bundestag. Er ist Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.